VERNUNFTKRAFT.
Schleswig - Holstein e.V.

Vernunftkraft. Schleswig-Holstein e. V. – Der Vorstand – Stinkbüdelsbarg 1 – 24363 Holtsee – www.vernunftkraft-sh.de

19.9.2019

Presseerklärung

Wer diktiert die Gesetze? – Wie Branche und Politik gemeinsam die Akzeptanz immer weiter verspielen

Der Landesverband Vernunftkraft Schleswig-Holstein kritisiert den vom BWE vorgelegten Fahrplan zum schnelleren Ausbau von Windkraftanlagen durch Einschränkung des Klagerechts und Aufweichung der Gesetze zum Artenschutz im Bund aufs Schärfste. Vernunftkraft warnt die Landesregierung Schleswig-Holstein, sich auf Landesebene den Forderungen nach mehr Fläche und beschleunigten Genehmigungsverfahren zu beugen.
Nirgendwo zeigen sich die Folgen eines unkoordinierten, durch EEG-Zahlungen befeuerten Windkraftanlagenzubaus deutlicher als in Schleswig-Holstein.
Bereits im ersten Quartal dieses Jahres wurden in Schleswig-Holstein 1.799 GWh Strom aus Windkraftanlagen abgeregelt. Diesen Wegwerfstrom haben die Verbraucher mit 190 Mio. € bezahlen müssen, da die Betreiber der Windkraftanlagen für die Abregelung entschädigt werden. Weil auf Grund der bestehenden Überproduktion bilanziell jede weitere neu genehmigte Windkraftanlage zu 100 % stillstehen wird, muss bei jeder weiteren Genehmigung der Eindruck entstehen, dass die Landesregierung ausschließlich bestrebt ist, den Betreibern Entschädigungsansprüche aus dem EEG zu verschaffen.
Die knappe Fläche in Schleswig-Holstein darf nicht für weitere Windkraftanlagen zur Verfügung gestellt werden. Die nachhaltig erschließbaren Potenziale dieser Technologie sind in Schleswig-Holstein ausgeschöpft. Die Wind-onshore-Branche hat es in den letzten 20 durch das EEG hoch subventionierten Jahren versäumt, sich effizient aufzustellen. Eine Verknappung der Flächen und eine wachsende Überschneidung mit anderen öffentlichen Interessen war absehbar.
Die Vorsitzende Dr. Susanne Kirchhof dazu:“ Wir fragen uns, welche Einschränkungen von Grundrechten die Menschen im ländlichen Raum zukünftig werden hinnehmen müssen, weil die Windkraftbranche immer weiter Flächen fordert. Schon jetzt überschreiten Bestandsanlagen die Lärmgrenzwerte an den Häusern. Das MELUND rechnet die Lärmbelastung einfach runter, damit die Grenzwerte als eingehalten gelten. Wenn die Regierung dieses Vorgehen nicht stoppt, wird sie die Akzeptanz für die Energiewende endgültig verspielen und damit deren Gelingen gefährden.“
Vernunftkraft Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, jeglichen Zubau von Windkraftanlagen bis auf Weiteres zu stoppen und für eine Beendigung der Rechentrickserei des MELUND bei den Lärmgrenzwerten zu sorgen. Zum Schutz der Gesundheit der Anwohner sind größere Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern notwendig. Ohne größere Abstände wird es keine Akzeptanz geben.

VERNUNFTKRAFT.
Schleswig - Holstein e.V.

Vernunftkraft. Schleswig-Holstein e. V. – Der Vorstand – Stinkbüdelsbarg 1 – 24363 Holtsee – www.vernunftkraft-sh.de

22.9.2019

Presseerklärung

Mehr Diversifikation und größere Abstände – eine Chance für die Energiewende

Der Landesverband Vernunftkraft Schleswig-Holstein e.V. begrüßt den Ansatz der Bundesregierung zu mehr Diversifikation in Richtung Solar und Windkraft offshore bei der technischen Umsetzung der Energiewende sowie bundesweit einheitliche Mindestabstände von 1000 m zwischen Windvorranggebieten und Wohnsiedlungen.

Beide Maßnahmen ermöglichen eine wesentlich optimalere (Fraunhofer Institut) und konfliktärmere (EU PD Research) Energiewende ohne das Risiko, durch einen massiven Akzeptanzverlust das ganze Vorhaben zu riskieren.

Vor diesem Hintergrund ist die Option zur Aufweichung der Mindestabstandsregelung durch Länder und Gemeinden ausschließlich nach unten der falsche Ansatz, der auf die Zementierung einer Zweiklassengesellschaft bei der Belastung durch Windkraftanlagen vor Ort, regional und bundesweit hinausläuft.

Dr. Susanne Kirchhof, die Landesvorsitzende von Vernunftkraft SH dazu: „In Schleswig-Holstein nehmen wir CDU und FDP beim Wort, die Planung mit Augenmaß und Respekt vor den betroffenen Menschen im ländlichen Raum zu gestalten. Dies geht nur über **akzeptable und gleiche Abstände** und nicht über die Aufweichung der neuen Mindestabstandsregelung. Glaubwürdigkeit und Akzeptanz stehen auf dem Spiel.“

Insbesondere sollte die Landesregierung auch mit Blick auf den zukünftig angestrebten offshore Windkraftausbau den überfälligen Strukturwandel der Windindustrie im Land aktiv begleiten.